

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

18.12.1924 (No. 296)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Erziehung:
Karlstr. 14
Verlagspreis:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 5515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. u. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühren 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenstück. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vermindert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Künftige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Kaiserstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweise Verrechnung und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Kassenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abrechnung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unvollständige Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

* Stresemann lehnt ab

Als gestern Abend in Berlin die letzten Scheiter fielen, zeigte sich, daß das entwürfelte Bild genau der Schilderung entsprach, die wir gestern an dieser Stelle entworfen haben. Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat „vorwiegend aus außenpolitischen Gründen“ die Beteiligung an einer Rechtskoalition verworfen und erklärt, sie „werde sich nur an einer Regierung beteiligen, welche die Gewähr für die unveränderte Fortführung der bisherigen Politik der Mitte bietet“. Gleichzeitig hat die Fraktion betont, sie halte grundsätzlich an dem Streben nach Bildung einer Regierung der Volksgemeinschaft, d. h. also einer Regierung von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, fest.

Darauf hat die Deutsche Volkspartei eine Resolution gefaßt, in welcher gesagt wird, daß die einzige Lösung nur in der Bildung einer tragfähigen bürgerlichen Mehrheitsregierung zu erblicken sei. Dr. Stresemann hat demgemäß den Reichspräsidenten gebeten, von seiner (Stresemann'schen) Person bei der Bildung eines neuen Kabinetts abzulehnen.

Wie es heißt, hat bei dem Entschluß des Zentrums neben manchen anderen wichtigen Argumenten auch die Tatsache mitgesprochen, daß die Deutschdemokraten, die doch auch eine „bürgerliche“ Partei sind, nicht zu bewegen waren, sich an einer Rechtskoalition bzw. an der Errichtung eines sogenannten Bürgerblocks zu beteiligen. Und hier liegt denn auch der zweite Fehler in der Rechnung Stresemann's als Parteiführer. Ja, wenn es der Deutschen Volkspartei im Wahlkampf gelungen wäre, die Deutschdemokraten so zu schlagen, daß sie als mittelstarke Fraktion überhaupt keine Rolle mehr spielen könnte, dann wäre die Lage wohl auch für das Zentrum eine etwas andere gewesen; es hätte auf das Tun und Lassen der Deutschdemokraten nicht dieselbe Rücksicht zu nehmen brauchen. Aber das ist gerade das Charakteristikum der Reichstagswahl vom 7. Dezember, daß sie den schwarz-rot-goldenen Parteien eine bedeutende Verstärkung und zumal den folgenschweren Deutschdemokraten einen Stimmzuwachs von in sich 10 Proz. brachte.

Was soll nun geschehen? Das Zentrum empfiehlt von neuem ein Kabinett der Volksgemeinschaft. Im Augenblick sind die Parteien, und zwar in erster Linie Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei, für eine solche Idee sicherlich noch nicht reif. Aber der Zwang der Verhältnisse kann ja Entwicklungen zeitigen, die der Bildung einer solchen Volksgemeinschaft günstig sind. Als praktische Möglichkeiten bleiben wohl nur die Wiederherstellung der bisherigen Koalition und die alte Weimarer Koalition (Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten) übrig. Letztere verfügt bekanntlich über 223 unter 493 Mandate. Schon allein die Mitarbeit der Wirtschaftspartei oder der Bayerischen Volkspartei würde genügen, um ihr die Mehrheit zu verschaffen. Man darf im übrigen nicht vergessen, daß die Koalition, auf die sich in jorgenwollster Zeit der Reichskanzler Dr. Marx mit seinem Kabinett stützte, nur eine Minderheitskoalition gewesen ist.

Es ist zudem nicht anzunehmen, daß die Deutsche Volkspartei lange außerhalb eines deutschen Kabinetts bleiben wird. Der Gedanke, nicht in der Regierung zu sitzen, ist, wie die Kenner der Deutschen Volkspartei behaupten, für deren Führer eigentlich unvorstellbar. Und wenn es nicht anders geht, wird auch Stresemann wieder mit sich reden lassen. Schließlich ist der Ausgang der Wahl und das bisherige Verhalten der Deutschen Volkspartei gewiß nicht danach angetan, ihr ein machtvolles Aufstrumpfen zu gestatten. Das könnte die Partei sich wohl erst dann wieder leisten, wenn sie sich von der Herrschaft der Deutschnationalen losgelöst hat.

Auch in Preußen will die Deutsche Volkspartei bekanntlich so schnell wie möglich aus der großen Koalition heraus. Und die Deutschnationalen haben inzwischen klar erkennen lassen, daß es ihnen vor allem auf einen Wandel der Verhältnisse in Preußen ankommt. Ihre Zeitungen verkünden bereits, daß es die erste Aufgabe einer Rechtsregierung in Preußen sein werde, die Verwaltung von im Sinne der Deutschnationalen „ungeeigneten“, d. h. also republikanischen Beamten zu reinigen. Nach allem, was bisher über die Haltung der preussischen Zentrumsfraktion veröffentlicht worden ist, muß man damit rechnen, daß das Zentrum auch hier, genau so wie im Reich, den gar zu ausschweifenden Machthoffnungen der Rechten sehr rasch den Boden entziehen wird.

Die Regierungsbildung im Reich

Das Zentrum gegen eine Rechtskoalition

Die Fraktionsberatungen im Reichstoge haben am Mittwoch auf der einen Seite die parteipolitische Situation insofern geläutert, als sie eine klare Ablehnung des Rechtsblocks durch das Zentrum brachten, auf der andern Seite aber infolge der Haltung der Deutschen Volkspartei die Aussichten für eine rasche Lösung der Krisis vermindert. Die Fraktionsberatung des Zentrums, die erst am Nachmittag ihr Ende erreichte, endete mit der einstimmigen Annahme des folgenden Beschlusses:

„Die Zentrumsfraktion des Reichstags hält grundsätzlich an dem Streben zur Bildung einer Regierung der Volksgemeinschaft fest. Sie lehnt vorwiegend aus außenpolitischen Gründen die Beteiligung an einer Rechtskoalition ab. Sie wird sich an einer Regierung beteiligen, welche die Gewähr für die ungehinderte Fortführung der bisherigen Politik der Mitte bietet.“

Wie die „Germania“ bemerkt, sehe sich das Zentrum auch nicht in der Lage, in ein Kabinett, das aus den Parteien rechts vom Zentrum gebildet ist, Radminister zu entsenden. Die Gründe, die das Zentrum zu dieser Stellungnahme geführt habe, lägen nicht nur in dem Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei. Die sachlich beste Lösung würde das Zentrum in der Errichtung der großen Koalition sehen. Da aber dies bei der Haltung der Deutschen Volkspartei kaum möglich sei, dürfte als einzige Lösung die Rückkehr zur bisherigen Regierung der Mitte übrig bleiben.

Die Fraktionsberatung der Deutschen Volkspartei hat jedoch am Mittwoch Abend folgenden Beschluß in Abwesenheit Stresemann's gefaßt:

„Die heutige Aussprache in der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ergab die einstimmige Auffassung, daß die einzige Lösung der Frage einer Regierungsbildung entsprechend der bisherigen Politik der Reichstagsfraktion nur in der Bildung einer tragfähigen bürgerlichen Regierungsmehrheit zu erblicken ist. Diese Stellungnahme der Fraktion wurde sofort dem im Reichstoge weilenden Parteiführer Dr. Stresemann mitgeteilt.“

Ferner beschloß die Fraktion der Deutschen Volkspartei am Mittwoch Abend auf die Berufung der Resolution des Zentrums gegen die Rechtskoalition hin, sich an der Regierungsbildung nicht führend zu beteiligen. Auf Grund dieses Beschlusses hat Dr. Stresemann, der den Reichspräsidenten gegen 9 Uhr abends aufsuchte, den Präsidenten gebeten, von der Betragung seiner Person mit der Regierungsbildung abzusehen.

Die Deutsche Volkspartei hat sich somit ohne Rücksicht auf die Ablehnung des Zentrums weiter für die Bürgerblockregierung mit Einschluß der Deutschnationalen ausgesprochen. Aber andererseits findet sich in dem Beschluß keine absolute Ablehnung gegenüber anderen Möglichkeiten, wie sie das Zentrum gegenüber dem Rechtsblock ausgesprochen hat, also etwa die Mitwirkung an einem Minderheitskabinett der Mitte.

Berliner Pressestimmen

Berlin, 18. Dez. Die „Germania“ unterstreicht, daß der gestrige Beschluß der Zentrumsfraktion, der eine Beteiligung der Partei an einer rechten Koalition ablehnt, einstimmig gefaßt worden ist. Von einem linken und einem rechten Flügel innerhalb der Zentrumspartei könne keine Rede sein. Was Blatt betont dann weiter, der Beschluß sei so zu verstehen, daß weder eine direkte, noch indirekte Beteiligung des Zentrums an einer rechten Koalition in Frage komme. Nach Darlegung der Gründe, die zu dem Beschluß geführt haben, sagt das Zentrumblatt, daß der Beschluß der Zentrumsfraktion endgültig sei, und daß die nunmehr einzuschlagende Richtung laute: Zurück zur Mitte!

Die „Zeit“ Stresemann's nimmt an, daß sich der Reichspräsident nun an das Zentrum mit der Frage der Regierungsbildung wenden werde. Das Blatt glaubt im Gegensatz zur „Germania“ nicht an eine Fortsetzung der Politik der Mitte, da eine solche Regierung bei der nunmehrigen Schwäche der Parteien, die hinter ihr stehen würden, keinen Bestand haben würde und hält es für das Gegebene, daß das Zentrum versuche, einen Linksblock zu bilden. Eine besondere Bedeutung komme in diesem Zusammenhang der Entschließung der Reichs- und Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei zu, die dahin lautet, daß die Partei eine Regierung, in der die Sozialdemokratie vertreten ist, grundsätzlich nicht unterstützen werde.

Die „Vossische Zeitung“ will wissen, daß Dr. Stresemann gleichzeitig mit seiner Ablehnung der Kabinettsbildung dem Reichspräsidenten vorgeschlagen habe, den bisherigen Reichskanzler Dr. Marx mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Der Reichspräsident hat sich seine weitere Entscheidung vorbehalten, hat aber den Reichskanzler Dr. Marx für heute Vormittag zu sich berufen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die heute Nachmittag zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentrat, dürfte sich laut „Vorwärts“ auch mit der Wahl des Reichspräsidenten beschäftigen. Wie das Blatt bemerkt, wird sowohl im Zentrum, als auch in der demokratischen Partei die Auffassung vertreten, daß der Reichspräsident aus der linken Fraktion, also aus der sozialdemokratischen, gewählt werden solle.

Die Deutschnationalen Reichstagsfraktion wählte zu ihrem Vorsitzenden den Abg. Saliel.

Scheinverluste und Industriebilanzen

Von den Wirtschaftspolitikern wird mit einem begrifflicherweise sehr starken Interesse die Frage erörtert, ob unsere Wirtschaft mit großen Kapitalverlusten zu rechnen habe oder nicht. Der Behauptung der einen Seite, daß diese Verluste sehr beträchtlich seien, steht die andere gegenüber, daß das nicht zuträfe, und daß hier mit starken Übertreibungen gearbeitet werde. Selbstverständlich kann die ganze Erörterung mit der anderen Frage, nämlich der nach der Prosperität und Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft für die Zukunft, nicht verknüpft werden. Sollte sich erweisen, daß die Kapitalverluste faktisch nicht so erheblich sind, wie vielfach geglaubt wird, so braucht das, solange unsere allgemeine Handelsbilanz derartig schlecht ist, noch lange nicht eine absolut günstige Prognose für die Zukunft zu schaffen. Hoffnungsvoll und erfreulich aber bliebe ein solcher Beweis natürlich unter allen Umständen, denn er würde allenthalben das Vertrauen zu unserer Wirtschaft stärken.

Neuerdings wird nun die Diskussion über die Frage nach den Kapitalverlusten in dem offiziellen Blatt des Statistischen Reichsamts, „Wirtschaft und Statistik“ bis zu einem gewissen Grade geklärt. Die Zeitschrift veröffentlicht nämlich jetzt die Ergebnisse der Goldmarkbilanzen bis Ende September, und da stellt sich nun allerdings klar heraus, daß die Mehrzahl der alten, schon seit der Vorkriegszeit bestehenden Aktiengesellschaften ihr Goldkapital nicht verringert haben, sondern daß es mindestens gleich groß geblieben ist. Bei den 83 Gesellschaften der Schwerindustrie, die bis dahin die Goldumstellung vorgenommen hatten, sind das Kapital um 28 Prozent und die offenen Reserven um 45 Prozent größer als vor dem Kriege, bei den 62 Verkehrsgesellschaften beträgt die Zunahme des Kapitals 16, der Reserven 68 Prozent, und bei den 262 Gesellschaften der verarbeitenden Industrie ist das Kapital um 36 Prozent größer geworden, während die offenen Reserven um 46 Prozent zurückgegangen sind; das gesamte Eigenkapital hat auch hier um 15 Prozent zugenommen. Eine wirkliche Abnahme haben nur die Handelsgesellschaften, die Banken und das Versicherungsgewerbe aufzuweisen. Bei den 19 Warenhandelsgesellschaften hat sich das Eigenkapital um knapp den vierten Teil verringert, bei 35 Versicherungsgesellschaften um knapp die Hälfte, bei 16 Gesellschaften des Grundhandels um etwas mehr als die Hälfte und bei 29 Banken um 60 Prozent. Dazu wird noch eine Sammelrubrik von 24 der „übrigen“ Gesellschaften geführt, deren Eigenkapital um einige 20 Prozent niedriger ist als vor dem Kriege. Im ganzen betrug das Kapital dieser 478 Gesellschaften im Jahre 1913 830 Millionen Mark, wozu noch 248 Millionen offene Reserven kamen, und jetzt beträgt es 941 Millionen plus 135 Millionen an offenen Reserven. Das gesamte Eigenkapital ist also von 1078 Millionen auf 1075 Millionen „gesunken“. Aber niemand wird wohl bezweifeln, daß die offenen Reserven heute im allgemeinen vorsichtiger „aufgemacht“ werden als früher.

Das Statistische Reichsamts vergleicht dann nicht nur das alte und das jetzige Eigenkapital mit einander, sondern es addiert noch die Obligationen, Hypotheken und andere Schulden und kommt dann zu einer „Summe der arbeitenden Mittel“. Diese „Summe“ hat gegenüber der Vorkriegszeit um 20 Prozent abgenommen. Tatsächlich sind aber, wie Morus in der „Weltbühne“ schreibt, die Hypotheken und Obligationen dieser 478 Gesellschaften um 214 Millionen oder um 70 Prozent ihres früheren Standes zurückgegangen, und die übrigen Schulden um weitere 214 Millionen. Während früher die Gesellschaften mit 80 Prozent des Eigenkapitals verschuldet waren, sind sie es jetzt nur noch mit 40 Prozent. Aber es ist selbstverständlich unrichtig, das Zusammenschrumpfen dieser Schulden, die zu meist zur Errichtung neuer Anlagen aufgenommen und während der Inflation mit entwertetem Gelde zurückgezahlt worden sind, als Abnahme der „arbeitenden Mittel“ zu buchen. Sie gehören auf die Gewinn-, nicht auf die Verlustseite der Bilanz.

Die Inflationsgewinne oder, wie es das Statistische Reichsamts benamst, die Verluste der alten Aktiengesellschaften an arbeitenden Mitteln“ kommen auch schon bei der Goldbilanzstatistik an einer anderen Stelle zum Vorschein. In der Kriegs- und Nachkriegszeit sind in Deutschland rund 12 000 Aktiengesellschaften gegründet worden, zum nicht geringen Teil als Schachtel- und Zweiggellschaften der alten, die diese mit Hilfe ihrer Inflationsgewinne aus Obligationen und Hypotheken errichten konnten. Wie diese neuen Aktiengesellschaften sich nach der Goldumstellung ausnehmen werden, läßt sich noch nicht übersehen, denn von den 12 000 halten erst 700 bis Ende September die Goldbilanz veröffentlicht. Wenn auch eine beträchtliche Zahl der Gesellschaften als A.-G. eingehen werden, so bleiben doch auch hier recht respektable Kapitalien übrig, so daß das Märchen von den Substanzverlusten der deutschen Industrie sich in dieser Form nicht mehr aufrechterhalten läßt.

Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen in Moskau werden durch eine Weihnachtspause unterbrochen. Die deutsche Delegation trifft nach zwoöftiger Abwesenheit in Moskau am 20. d. M. wieder in Berlin ein, um bis zu der im Januar n. J. erfolgenden Wiederaufnahme der Verhandlungen das bisherige Ergebnis mit den zuständigen Dienststellen zu erörtern. An welchem Ort die Verhandlungen fortgesetzt werden, ist noch nicht entschieden.

Politische Neuigkeiten

Der Beleidigungsprozess des Reichspräsidenten

Im **Roßbach-Prozess** zu Magdeburg wurde am Mittwoch die Beweisaufnahme geschlossen. Der Zeuge **Göbert-Dorfmund** erklärte, er sei der Mann gewesen, der in der **Trepptower** Versammlung Ebert den Fettel mit der Frage gereicht habe, wie man sich den Gestaltungsbeschlüssen gegenüber verhalten solle. Ebert antwortete hierauf, so erklärt der Zeuge, man solle jedenfalls den Gestaltungsbeschlüssen nicht Folge leisten. Wenn der Fall eintrete, solle man sich an die Partei wenden, die dann das Nötige veranlassen werde. — Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Abg. Ebert nicht vielleicht gesagt habe, wenn solcher Befehl komme, so werde sich die Partei zu dessen Rückgängigmachung einsetzen, sagte der Zeuge, dies könne möglich sein, er schließe es jedoch aus. Der Zeuge schildert die Einzelheiten bei der Fettelübergabe, bleibt den wiederholten Vorhalten des Vorsitzenden, ob nicht ein Mißverständnis vorliegen könne, bei seinen Aussagen. Auf Antrag des Rechtsanwalts **Landberg** wurde die Reichstagsrede des Abg. Ebert vom 28. Oktober 1918 verlesen, in der sich der Redner an Wilson wendet, und darauf hinweist, daß die deutsche Widerstandskraft noch nicht gebrochen sei. Er erwarte, daß Wilson sich für einen gerechten, demokratischen Frieden einsetzen werde. — Es werden dann noch verschiedene Reichstagsreden Eberts und Flugblätter der **W.P.D.** verlesen, in denen die Partei für die Landesvertretung eintritt. Die **Plaidoyers** beginnen am Freitag vormittag.

Das neue deutsche Strafgesetzbuch

Wie die **Neue Tägliche Rundschau** mitzuteilen weiß, ist der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches, dem das Reichstagesamt vor einiger Zeit zustimmte, dem Reichsrat zugeleitet worden. Der Entwurf soll vorher noch der öffentlichen Kritik unterstellt werden. Alle beteiligten Berufsorganisationen sollen zu gutachtlichen Äußerungen aufgefordert werden. Die Beratung des Entwurfes im Reichsrat dürfte kaum vor Mitte des kommenden Jahres beginnen. Eine Novelle zum **Wirtschaftsstrafgesetzbuch** sei dem Entwurf angehängt. Der sogenannte **Abtreibungs-Paragraf** sei, im dem Gesetzentwurf wesentlich gemildert und setze in leichteren Fällen Straflosigkeit vor. Der bisherige § 175 bleibe in der Hauptsache bestehen. Verschärft sei die Bestimmung wegen homosexueller Vergehen gegen Jugendliche. Der Entwurf setze weiter vor, daß **Verursacher** in **Verwahrungshaft** genommen werden können, deren Fortdauer alle drei Jahre vom Gericht überprüft werden solle. Die **Todesstrafe** werde in dem Entwurf beibehalten.

Der „Erfolg“ der Splitterparteien

Bei der Wahl zum Reichstage blieben folgende Parteien und Gruppen ohne Vertretung:

Österreichischer Bund	10 188 St.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei	98 533 "
Starbünd	193 "
Deutsche Aufwertungs- und Aufbau-Partei	92 556 "
Freiwirtschaftsbund F.F.B. (Freiland — Freigeld)	39 102 "
Deutsches Volkspartei u. Reichsb. f. Aufwertung	187 835 "
Christlichsozialer Volksdienst Deutschlands	41 873 "
Nationale Wählervereine Deutschlands	92 565 "
Deutscher Volkspartei	3 883 "
Aufwertungs- und Wiederbaupartei	22 281 "
Wiener-Partei Deutschlands	288 "
Partei für Volkswohlfahrt	32 236 "
Deutschröhmische Volkspartei	4 342 "

504 910 St.

Die **deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen**. Die deutschen Vertreter der **Größtenindustrie**, die am Dienstag in Paris angekommen sind, verhandelten am Mittwoch mit Vertretern der französischen Schwerindustrie. Sie werden heute wiederum mit ihnen eine Besprechung haben. Wie man annimmt, werden die Besprechungen dieser Sachverständigen am Freitag vorerst zu Ende geführt werden. Da die Sachverständigen mit den führenden deutschen Delegierten der Handelsvertragsdelegation über Weichnahmen sich nach Deutschland begeben werden, wird die Entscheidung erst nach Wiederaufnahme der Verhandlungen nach dem 31. Dezember getroffen werden können.

Für eine **Änderung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrags**. Wie die **„Associated Press“** aus Washington meldet, hat der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten einen Unterausschuß ernannt mit der Aufforderung, wegen einer eventuellen **Änderung der Bestimmungen des Handelsvertrages** zwischen Deutschland und Amerika mit dem Staatssekretär **Hughes** Rücksprache zu nehmen. Die Einwände des Senates beziehen sich besonders auf Bestimmungen, nach denen die Vereinigten Staaten keinen **Unterschied** für die Waren machen dürfen, die auf **amerikanischen Schiffen** verpackt sind.

Kurze Nachrichten

Die **Steuerreform im Reich**. Auf eine Eingabe des **Kaufmannsverbandes**, in der ein sofortiger Abbau der die Verbilligung der Produktion hemmenden Steuern gefordert wird, hat der Reichsfinanzminister **Dr. Luther** in einem Schreiben auf die bereits durchgeführte Steuerermäßigung hin verwiesen, daß der Abbau weiter fortgesetzt werden solle. Die Gerüchte über die günstige Finanzlage der öffentlichen Körperschaften bezeichnet **Dr. Luther** als stark übertrieben. Im übrigen seien bereits neue Vorlagen zur Einschränkung der Zahlungsstermine in Vorbereitung.

Die **Auszahlung der Januargehälter**. Die Spitzenverbände der Beamtenschaft waren am Mittwoch laut **„Berl. Volkszeitung“** wegen Auszahlung der Januargehälter nach vor Weichnahmen im Reichsfinanzministerium vorgeleitet geworden. Ministerialdirektor **Schlieben** hat den Beamtensprechern erklärt, daß er infolge Abwesenheit des Ministers nicht in der Lage sei, eine so weitgehende Entscheidung zu treffen. Seiner Ansicht nach werde sich eine Auszahlung der Januargehälter vor Weichnahmen nicht ermöglichen lassen. Die Spitzenverbände werden am heutigen Donnerstag über weitere Schritte beraten.

Die **Reparationskommission** hat am Mittwoch in Paris eine offizielle Sitzung abgehalten, in deren Verlauf der Generalagent für die Reparationszahlungen über alle schwebenden Fragen Bericht erstattete. Nach der Agentur **„Havas“** wurde zwischen dem Agenten und der Kommission ein vollständiges Einverständnis erzielt.

Der **80. Geburtstag Lujo Brentanos**. Der Reichspräsident sandte am Geheimrat **Prof. Lujo Brentano** folgendes Glückwunschtelegramm: „Zum 80. Geburtstag sende ich Ihnen, dem hervorragenden Vertreter der deutschen Nationalökonomie, dem unermüdeten wirtschaftlichen Forscher und dem mühtigen, charaktervollen Vorämpfer der Sozialreform aufrichtige und herzlichste Glückwünsche.“

Erhöhung der französischen Bahnfrachten. Der Oberste Eisenbahnrat in Paris hat beschlossen, daß im Jahre 1928 vorerst eine Erhöhung der Transporttarife für Waren um 7,10 Proz. erfolgt.

In der **italienischen Kammer** ist ein Konflikt zwischen Faschisten und Giolittianern ausgebrochen. Die **Giolittianer** verließen den Sitzungssaal und beschloßen nach einer Besprechung mit den Anhängern **Orlandos** und den Kriegsteilnehmern, heute an den Arbeiten der Kammer nicht teilzunehmen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

DZ. Karlsruhe, 18. Dez. 1924.

Präsident **Dr. Baumgartner** eröffnet die Verhandlungen kurz nach 10 Uhr mit der Bekanntgabe einer großen Zahl von neuen Einläufen.

Es folgt die Erledigung

kurzer Anfragen.

Eine solche des **Abg. D. Mayer-Karlsruhe** (DntL.) betrifft die Verbringung mit **Torfstreu**.

Landesforstmeister **Hilshy** erwidert, daß ein Eingreifen der Regierung nicht zweckmäßig scheine, da die landwirtschaftlichen Organisationen sehr wohl in der Lage seien, um die Streuverbringung sicher zu stellen. Im übrigen werde die Regierung weiterhin um Frachtermäßigungen bemüht sein und alles tun, was Gewinnung und Bezug der Torfstreu erleichtern können.

Abg. Schmidt-Bretten (DntL.) fragt nach dem öffentlichen Interesse bei dem kürzlich den Beleidigungsprozess des Generals **v. Deimling** gegen die **„Badener Morgenzeitung“**.

Generalsstaatsanwalt **Hafner** erklärte, daß ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung der Beteiligten anzunehmen war aus folgenden Gründen: In dem Artikel der **„Morgenzeitung“** vom 15. Aug. d. J. war General **v. Deimling** die **vaterländische** Empfindung abgeprochen und dem Sinne nach gesagt worden, daß seine politische Gesinnung und Betätigung derart im Widerspruch mit dem Staatswohl stehe, daß es besser wäre, er würde den deutschen Staub von den Füßen schütteln und nach Frankreich ziehen, wo er sicher mit offenen Armen aufgenommen würde. Es kann nun im öffentlichen und staatlichen Interesse nicht gebildet werden, daß ein Mann, der sich für die verfassungsmäßige Staatsform und die verfassungsmäßigen Farben große Verdienste erworben hat, wegen dieser seiner Einstellung in solch schwerer, ehrverletzender Weise beleidigt wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Nach Eintritt in die Tagesordnung

Berichtet **Abg. Wittmann** (Ztr.) über die Mandatsniederlegungen des **deutschnationalen Abg. Danemann** (der bekanntlich in den Reichstag gewählt wurde). Sein Nachfolger im Landtag ist **Glasermeister Ferdinand Lang-Stralsube**.

Abg. Müller (Ztr.) erstattet Bericht über eine Vorlage, welche die Frist zur Ausführung des **Reichsgewerbesteuer-Gesetzes** in Baden auf den 1. Januar 1928 verlängert. Der Gesetzentwurf wird in beiden Lesungen angenommen, desgleichen ein **Initiativantrag** des **Abg. Schneider** (Ztr.), die Frist für die Inkraftsetzung der **Landesgebührenordnung** der **Rechtsanwälte** bis zum 1. April 1928 hinauszuschieben.

Abg. Wittmann (Ztr.) berichtet über die

Beschwerde des Abg. Bad

wegen **Rechtschutz** und **Ausstellung eines Auslandsreisepasses**. Der Ausschuß ist einmütig der Auffassung, daß die **Bewürdigung** des **Abg. Bad** gegen die Behörden unbegründet sind, da das Verfahren gegen ihn im Rahmen der bestehenden Gesetze erfolge und der **Passbefehl** bis heute nicht aufgehoben ist. Daß **Bad** die **Ausreise** nach **Italien** beabsichtigt wurde, beruht gleichfalls auf den gesetzlichen Bestimmungen. Der Ausschuß kam aber einstimmig zu dem Antrag, beim **Staatsgerichtshof** das **Verlangen** zu stellen, daß während der gegenwärtigen **Tagesordnung** des **Landtages** das **Strafverfahren** und die **Post** aufgehoben wird. — Die **Abg. Marx** (Ztr.), **Wittmann** (Ztr.) und **Dr. Glöckner** (DntL.) legen den Antrag dahin aus, daß damit jede **Bechränkung** der **persönlichen Freiheit** **Bads** in **Wegfall** kommt und der **ärztlich** gebotenen **Italienreise** kein **Hindernis** mehr entgegensteht.

Der **Ausschuh Antrag** findet einstimmige **Annahme**.

Abg. Weber (DntL.) berichtet über den Gesetzentwurf betr.

Änderung der Personalabbaupflicht.

Es handelt sich um **Erhöhung der Altersgrenze** für die **Emeritierung** von **Hochschulprofessoren** von **65** auf **68** Jahre. Daß bereits emeritierte Professoren nicht mehr zurückberufen werden können, es sei denn, daß man **Ausnahmen** machte, wurde im Ausschuß lebhaft **bedauert**. Auch andere **Fragen** kamen in diesem Zusammenhang zur Sprache. Man **bedauerte** aufs neue die **Aufhebung** des **Orthopädischen Instituts** in **Freiburg**. Hinsichtlich der **unterschiedlichen** **Behandlung** in den **Berufen** **Below**, wurde **regierungsseitig** festgestellt, daß **keineswegs** **politische** Gründe in Frage kamen. **Daß** einer **kurzen** **Gesetzgebungsperiode** stimmte der **Landtag** der **Vorlage** in **erster** und **zweiter** **Lesung** mit **allen** gegen **2** **kommunistischen** **Stimmen** zu.

Am dem **Haushaltsausschuß** Gelegenheit zu geben, **Stellung** zum **Dotationsgesetz** zu nehmen, wird um **12** Uhr die **Sitzung** **abgebrochen**. Nächste Sitzung nachmittags **4** Uhr.

*

Die Besoldungsregelung für die unteren Beamten.

durch den **Haushaltsausschuß** — wir haben sie in der **gestrigen** Nummer des **Beamtensprechers** für die **badischen** **Beamten** bereits kurz registriert — löst in den **Beamtentzen** auch um **deswillen** **Genugtuung** aus, weil sie ein **selbständiges** **Vorgehen** **Badens** bedeutet. Es sollen ab **1. Januar** die **Beamten** der **Besoldungsgruppen** **1-6** nicht **12 1/2** wie im **Reich**, sondern **20** Proz. **gehoben** werden. Dieser **Vorschlag** des **Finanzministers** **Dr. Adhler** fand im **Ausschuß** eine **große** **Begehrtheit**. Auch das **Sperregesetz** erfuhr eine **Kritik**, die **erzählen** läßt, daß **man** nicht für die **Beibehaltung** **schwärmt**. Die **Beamten** der **übrigen** **Gruppen** behalten die **10** Proz., welche das **Reich** am **20. November** d. J. festgesetzt hat. Der **neue** **Reichstag** wird an sich wohl die **Besoldungsordnung** einer **Neuregelung** unterziehen.

Das Dotationsgesetz

hat den **Haushaltsausschuß** am **Dienstag** und auch das **Plenum** heute **vormittag** beschäftigt. (Wir haben den **Gesetzentwurf** vor **kurzem** **wörtlich** **abgedruckt**.) Bis zum **Jahre** **1928** sollen **1 050 000** **RM.** für die **katholischen**, **900 000** **RM.** für die **evangelischen** und **24 000** **RM.** für die **altkatholischen** **Kristen** als **Dotation** des **Staates** **gewährt** werden. Heute **nachmittag** dürften die **endgültigen** **Beschlüsse** im **Plenum** **gefaßt** **werden**.

Die Bekämpfung des Kartoffelkrebses

In **Baden** ist in zwei Fällen der **Kartoffelkrebs** festgestellt worden, der für den **Kartoffelbau** eine **ähnliche** **Gefahr** wie der **Kartoffelkäfer** bildet. Der **Kartoffelkrebs** wird durch einen **Bilz** verursacht, der in der **Hauptphase** die **Knollen** befallt. An ihnen findet man **Wucherungen** von **verschiedener** **Größe** und **Form**, deren **Oberfläche** **warzig** und **später** oft **zerklüftet** ist, so daß sie oft an **manche** **Sorten** von **Badeschwämmen** erinnern. Manchmal erscheinen sie nur wie **kleine** **Warzen**, oft sind es **große** **Auswüchse**, nicht selten ist von der **eigentlichen** **Knolle** nichts mehr zu erkennen und an ihrer **Stelle** finden sich **schwammartige** **Mißbildungen**, die nur durch den **Ort** ihres **Vorkommens** erkennen lassen, daß sie **ursprünglich** aus **jungen** **Kartoffeln** entstanden sind. Anfänglich sind alle **Mißbildungen** **hellbraun** und **fest**, später werden sie **dunkelbraun** bis **schwarzbraun** und **zerfallen** **allmählich** indem sie bei **trockenem** **Wetter** **verkrüppeln** und **zerkrümmeln**, bei **nassem** **verfaulen**.

Da die **Krankheit** alle **jungen** **Gewebe** ergreifen kann, so findet man **Krebswucherungen** außer an den **Knollen** auch an **anderen** **Teilen** der **Pflanze**. Meistens werden die **Knollen**, die **Wurzelzweige** und die **unterirdischen** **Stengelteile** ergriffen. Wenn die **jungen** **Triebe** aber **längere** **Zeit** **brauchen**, um aus dem **Boden** **herauszukommen**, oder wenn **längere** **Zeit** **feuchtes** **Wetter** herrscht, bilden sich auch an den **Blattknospen** der **oberirdischen** **Stengel** **Geschwülste**, an denen man nicht selten noch erkennen kann, daß sie aus **Blattanlagen** **herdorgegangen** sind. Die **oberirdischen** **kranken** **Teile** sind ebenso wie die **am** **Licht** **liegenden** **Knollenauswüchse** **grün**, oft mit einem **weißlichen** oder **rötlichen** **Tou**.

Da zur **Zeit** der **Ernte** bereits ein **großer** **Teil** der **Wucherungen** **zerfallen** ist, so bleiben die **Anstodungskeime** im **Boden** **zurück**. Dadurch wird ein **Feld**, das **kranken** **Kartoffeln** **trug**, **auf** **Jahre** **hinaus** **verseucht**. Bei **häufiger** **Wiederholung** des **Anbaues** von **Kartoffeln** wird im **Verlauf** von **einigen** **Jahren** der **Boden** so **sehr** mit **Bilzkeimen** **angereichert**, daß eine **Ernte** nicht mehr erzielt wird. Die **ganzen** **Kartoffelanlässe** werden so **frühzeitig** und **stark** **besallen**, daß überhaupt keine oder doch nur noch **einzelne** **Knollen** **gebildet** werden. Die **Dauerformen** des **Bilzes** halten sich, auch wenn der **Kartoffelbau** auf den **befallenen** **Grundstücken** **ausgesetzt** wird, viele **Jahre** im **Boden** **lebensfähig**. Erfreulicherweise ist es gelungen, **Kartoffelsorten** zu **züchten**, die von dem **Krebs** nicht befallen werden. Überall da, wo der **Kartoffelkrebs** auftritt, müssen daher solche **erkannt** **kräftigsten** **Kartoffelsorten** **bezogen** und zum **Anbau** **verwendet** werden.

Zur **Bekämpfung** des **Kartoffelkrebses** hat der **Minister** des **Inneren** eine **besondere** **Verordnung** erlassen. Die **Verordnung** schreibt vor, daß **jeder**, der **Kartoffeln** **baut** oder **Kartoffeln** in **Verwahrung** hat, **verpflichtet** ist, **krebsverdächtige** **Erscheinungen** **binnen** **24** **Stunden** der **Ortspolizeibehörde** **anzugeben**. Nach **erfolgter** **Feststellung** des **Kartoffelkrebses** durch die **Hauptstelle** für **Pflanzenschutz** beim **badischen** **Weinbauinstitut** in **Freiburg**, wird die **Bekämpfung** der **Krankheit** durch das **Berzirksamt** **angeordnet**. Wegen der **dabei** in **Betracht** **kommenden** **Maßnahmen** kann auf den an **anderen** **Stelle** des **Blattes** **befindlichen** **Abdruck** der **Verordnung** **verwiesen** werden. Eine **pünktliche** **Beachtung** der **Vorschriften** ist im **Interesse** des **Kartoffelanbaues** **dringend** **geboten**.

Südwestdeutscher Kanalverein

Die **Landesgruppe** **Baden** des **Südwestdeutschen Kanalvereins** und des **badischen** **Wasser- und Energiemittelwirtschaftsverbandes** hielt am **Dienstag** ihre **Mitgliederversammlung** unter dem **Vorsitz** des **Handelskammerpräsidenten** **Richard** **Renel** ab, wobei **Dr. Schneider**, der **Geschäftsführer** des **badischen** **Verbandes** Bericht über die **Tätigkeit** des **Vereins** im **letzten** **Jahre** erstattete. Er führte der **„N. Bad. Landeszeitung“** **zufolge** u. a. aus:

Das **Arbeitsgebiet** des **Vereins** wird im **Norden** **begrenzt** durch den **Rhein**, der für das **badische** **Ginterland** von **bedeutung** sei, im **übrigen** aber mit **Ausnahme** einer **kurzen** **Strecke** bei **Werrheim** **Baden** nicht **berühre**. Seine **Kanalisation** wird durch die **Rhein-Main-Donau** **W.G.** **betrieben**. Von **ungleich** **größerer** **Bedeutung** für **Baden** ist die **Wasserstraße** des **Nedars**, durch **dessen** **Ausbau** eine **brauchbare** **Verbindung** zwischen **Rhein** und **Donau** und **damit** **zwischen** **Nordsee** und **Mittelmeer** **erreicht** **würde**. Die **Nedars** **W.G.** hat mit den **Arbeiten** dazu vor **Jahresfrist** **begonnen**. Die **beiden** **wichtigen** **Staatslufen** bei **Wichingen** und **Nedarsulm** sehen der **Vollendung** **wesentlicher** **Teile** **ihrer** **Anlage** in den **nächsten** **Monaten** **entgegen**. Für die **nächste** **Zeit** würden sie jedoch eher eine **Störung**, als eine **Förderung** der **Schiffahrt** zur **Folge** haben; den nur **schrittweise** wird es **gelingen**, die **Nedars** **Strecke** zwischen **Manheim** und **Heilbronn** für **Großschiffahrt** **verkehr**, d. h. für **1200** **Tonnen-Schiffe**, **herzurichten**. In seiner **Stuttgarter** **Sitzung** vom **14. November** hat der **Südwestdeutsche Kanalverein** **ausdrücklich** **festgestellt**, daß für den **Nachschub** und **damit** für die **Konkurrenzfähigkeit** **Südwestdeutschlands** eine **Transportverbesserung** **unumgänglich** **notwendig** ist; solange durch die **Entscheidung** des **Sachverständigenratens** eine **darauf** **gerichtete** **Eisenbahnpolitik** nicht möglich ist, müssen die **Wasserstraßen** im **Verderb** **grund** **stehen**. In **letzter** **Zeit** sei die **Lösung** für den **Plan** der **Kanalisation** **stark** **gehemmt** **worden** durch eine **Rechtsfindung** in **Heidelberg**, die durch die **Beurteilung** über eine **Entstellung** des **Landchaftsbildes** **veranlaßt** **wurde**. Die für **Südbaden** **außerordentlich** **wichtige** **Rheinregulierung** auf der **Oberreimstrecke** von **Basel** bis **Konstanz** wird durch den **Rhein-Schiffahrtsverein** **Konstanz** **erzigt** **betrieben**. **Hand** in **Hand** mit der **Wahrung** der **Schiffahrtsinteressen** **macht** **sich** **allenthalben** **das** **Bestreben** geltend, die **schwarze** **Kohle** durch die **weiße** **Kohle** zu **ersetzen**; in **Baden** **haben** die **Frage** der **Zuständigkeit** eine **erfreuliche** **Klärung** **dahin** **erfahren**, daß der **Staat** sich die **Aufgung** der **Rheinregulierung**, **somit** **der**

fortfällig gesammelt und verbrannt oder vor der Verwertung gelocht werden.

4. Die Abgabe von Stallmist, Jauche oder Kompost aus Betrieben, in denen der Kartoffelkrebs festgestellt wurde, ist verboten.

5. Auf verseuchten oder ansetzungsverdächtigen Grundstücken dürfen nur die als krebsfrei anerkannten Kartoffelorten angebaut werden, soweit nicht ausnahmsweise das Bezirksamt nach Anhörung der Hauptstelle für Pflanzenschutz eine Fristverlängerung für die Umstellung auf krebsfestes Saatgut zuläßt. Die als krebsfrei anerkannten Kartoffelorten werden vom Bezirksamt nach Anhörung der Hauptstelle für Pflanzenschutz bekannt gegeben.

6. Aus verseuchten Kartoffelvorräten dürfen keine Kartoffeln an landwirtschaftliche oder Gartenbaubetriebe abgegeben werden.

7. Verseuchte Kartoffeln dürfen nur in dicht geschlossenen Behältern, aus denen ein Durchfallen von Kartoffeln oder Erde ausgeschlossen ist, befördert werden.

8. In allen Fällen sind Räume, Fahrzeuge, Behälter oder Geräte, die mit krebstranken Kartoffeln in Berührung gekommen sind, nach Gebrauch mit Kalkmilch oder einem anderen geeigneten Mittel zu desinfizieren.

§ 5. Ausnahmen
Vorstehende Bestimmungen finden auf die Tätigkeit staatlicher Behörden und wissenschaftlicher Anstalten keine Anwendung.

§ 6. Weitergehende Anordnungen.
Weitergehende Anordnungen zur Bekämpfung des Kartoffelkrebes im einzelnen Fall bleiben ausdrücklich vorbehalten.

§ 7. Strafbestimmungen
Zwischenhandlungen gegen diese Verordnung oder gegen auf Grund dieser Verordnung getroffene Anordnungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 8. Inkrafttreten
Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.
Karlsruhe, den 10. Dezember 1924.
Der Minister des Innern
Memmelé.

Bekanntmachung.

Die zweite juristische Prüfung im Spätjahr 1924
Auf Grund der im Spätjahr 1924 bestandenen zweiten juristischen Prüfung sind folgende Referendare zu Gerichtsassessoren ernannt worden:

Baßlich Erwin aus Karlsruhe, Dr. Bamberger Siegfried aus Reustadt a. M., Dr. Becherer Guido aus Schonach, Conradt Heinrich aus Oberach, Dreßler Wolfgang aus Karlsruhe, Ebinger Hans aus Freiburg, Dr. Eisele Emil aus Offenburg, Dr. Fetsch Josef aus Heppenheim, Goll Hans aus Mannheim, Haas Wilhelm aus Karlsruhe, Dr. Hofert Richard aus Redarbischofsheim, Dr. Jang Friedrich aus Müll-

heim, Dr. Jüdel Paul aus Mannheim, Kunzmann Alfred aus Freiburg, Maier Siegfried aus Bruchsal, Mainhard Friedrich aus Wiesloch, Dr. Mayer Heinrich aus Mannheim-Redarau, Müller Ludwig aus Müllheim, Dr. Prieb Wilhelm aus Reims, Schandelmayer Paul aus Schönwald, Dr. Schick Gelmutz aus Hannover, Dr. Schott Emil aus Ströngen, Trunt Hermann aus Pfaffenstadt, Borisck Friedrich aus Wörrach, Dr. Wellbrock Elmar aus Heidelberg.
Karlsruhe, den 15. Dezember 1924.
Der Justizminister:
Trunt.

Das allgemeine Dienstalter der Gerichtsassessoren

Auf Grund des § 6 der Verordnung vom 17. November 1917, die Einwirkung des Krieges auf die Anstellung im öffentlichen Dienst betr. (GWB. 391) sind folgende aus der zweiten juristischen Prüfung im Spätjahr 1924 hervorgegangenen Gerichtsassessoren, die infolge Einberufung zum Kriegsdienst die zweite juristische Prüfung verspätet abgelegt haben, nach Maßgabe ihrer Prüfungsbeurteilung in einen früheren Prüfungsjahrgang eingestuft worden und zwar:

- In den Prüfungsjahrgang Frühjahr 1920: Mainhard Friedrich.
- In den Prüfungsjahrgang Spätjahr 1920: Maier Siegfried.
- In den Prüfungsjahrgang Frühjahr 1922: Conradt Heinrich, Dr. Eisele Emil, Trunt Hermann.
- In den Prüfungsjahrgang Frühjahr 1923: Baßlich Erwin, Dreßler Wolfgang, Kunzmann Alfred, Dr. Mayer Heinrich, Dr. Prieb Wilhelm, Dr. Schott Emil.
- In den Prüfungsjahrgang Spätjahr 1923: Dr. Becherer Guido.
- In den Prüfungsjahrgang Frühjahr 1924: Goll Hans, Haas Wilhelm, Schandelmayer Paul.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.
Katholischer Kultus
Kirchlich eingesetzt wurden:
Anton Wunderle, bisher Pfarrer in Hausen a. d. Nach als Pfarrer dafelbst. Karl Eitlmüller, bisher Pfarrer-

weser in Leibertingen, als Pfarrer dafelbst. Robert Werfle, bisher Pfarrer in Kürzell als Pfarrer dafelbst. Lorenz Fromhold, bisher Pfarrer in Leimen als Pfarrer dafelbst. Josef Furr, bisher Pfarrer in Hag als Pfarrer dafelbst. Adolf Köfler, bisher Pfarrer in Hochmengen als Pfarrer dafelbst. Alfred Steible, bisher Pfarrer in Weichheim als Pfarrer dafelbst. Gustav Oswald, bisher Pfarrer in Zimmendingen als Pfarrer dafelbst. Otto Wehinger, bisher Kaplaneiwever in Willadingen als Pfarrer in Bimmingen. Josef Donzel, bisher Pfarrer in Einsheim als Pfarrer dafelbst. Valentin Diebler, bisher Pfarrer in Kirtlach als Pfarrer dafelbst. Ernst Fritsch, bisher Pfarrer in Oberöwisheim als Pfarrer dafelbst. Franz Haber Leber, bisher Pfarrer in Nidenbach, als Pfarrer dafelbst. Alfons Walz, bisher Pfarrer in Badheim als Pfarrer in Dillingen. Wilhelm Grein, bisher Pfarrer in Niedereschach als Pfarrer dafelbst. Alfons Kürber, bisher Pfarrer in Eppingen als Pfarrer in Mülden. Johann Leiper, bisher Pfarrer in Schluchtern als Pfarrer dafelbst. Friedrich Hans, bisher Pfarrer in Schollach als Pfarrer in Göttsweiler. Georg Elzer, bisher Pfarrer in Oberimpfen als Pfarrer dafelbst. Dr. Albert Knie, bisher Dompräbendar an der Dom- u. Metropolitankirche in Freiburg, als Pfarrer in Freiburg-Herden. Karl Franz Kistner, bisher Pfarrer in Kennenbrunn, als Pfarrer in Steinmauern. Georg Kiesler, bisher Pfarrer in Krumbach als Pfarrer in Kettigheim. Dr. Karl Josef Nieder, bisher Stadtpfarrer in Bonndorf i. Schw. als Pfarrer in Reichenau-Niederzoll. Ludwig Müller, bisher Pfarrer in Mei, als Pfarrer in Ruffach. Leopold Duber, bisher Pfarrer in Moosbrunn als Pfarrer in Kennenbrunn. Vitus Münch, bisher Pfarrer in Mosberg, als Pfarrer in Gerchsfelden. Alois Geiger, bisher Pfarrer in Hambrüden als Pfarrer in Weierdingen. Friedrich Köfler, bisher Pfarrer in Eichel als Pfarrer in Dos.

Ernannt wurden:
Pfarrer Dietrich Duhm in Wieslet als Pfarrer in Eimeldingen. Pfarrer Friedrich Kießlein in Baden-Dos als Pfarrer in Rosbach. Pfarrer Otto Rahm in Eggenau als Pfarrer in Altenheim. Diapropapfarrer Albrecht Wäflinger in Philippsburg als Pfarrer in Zeulshausen. Pfarrer Otfried Fehre in Vobersweier als Pfarrer in Halingen.
Gewählt wurden:
Pfarrer Karl Weiler in Forzheim zum Pfarrer des Kirchenbezirks Forzheim-Stadt. Pfarrer Georg Köppert in Weinheim zum Pfarrer des Kirchenbezirks Ladenburg-Weinheim. Pfarrer Otto Werner in Bruchsal zum Pfarrer des Kirchenbezirks Karlsruhe-Stadt. Pfarrer Karl Maurer in Altmannsgeweier zum Pfarrer des Kirchenbezirks Labr.
Zurückgesetzt auf Ansuchen:
Pfarrer Otto Sandt in Konstanz.
Verstorben:
Obergeometer Otto Krauth in Mannheim.

MIGNON
PRALINEN
SCHOKOLADE
KAKAO
MIGNON SCHOKOLADENWERKE-HALLE A.S.

Gutes Wiesenheu
(in Gebirgsfutter)
Preßstroh
sowie sämtliche
Futtermittel u. Mehle jeder Art
zu günstigsten Bedingungen und reellster Bedienung
laufend in Waggonladungen u. Detail offeriert billigst
W. F. Pfeiffer in Karlsruhe
gegründet 1879 Augartenstr. 75 Telefon 5544/5545
D. 838

Badisches Landestheater.
Freitag, 19. Dez. 7. u. n. 7, 10 Uhr. M. 6.
Th.-G. 7101-7200. Volksbühne 4.
Der fliegende Holländer.

Kleine Flügel
R.-M. 3450.- bis 70
Hans Berstein
Hans Blüthner
Grotian-Steinweg
Schle 1-35h ne
Thürmer
R.-M. 1950.- bis 3450.
Alleinige Vertretung
Ludwig Schweigut
Erbprinzenstraße 4

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der polit. Ökonomie
Herausgeg. und eingeleitet von Professor Karl Diehl und Professor Paul Romberg
Bd. I: Lehre vom Geld, I.
Bd. II: Der Arbeitslohn
Bd. III: Von der Grundrente
Bd. IV: Wert u. Preis, I.
Bd. V: Wert u. Preis, II.
Bd. VI: Bevölkerungslehre
Bd. VII: Wirtschaftskrisen
Bd. VIII: Kapitalismus und Unternehmerrisiko
Bd. IX: Freihandel und Schutz Zoll
Bd. X: Lehre vom Geld, II.
Bd. XI/XII: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus.
Bd. XIII: Grundzüge der Besteuerung
Bd. XIV: Sozialpolitik
Bd. XV: Kapital u. Kapitalismus
Bd. XVI: Staatsschuldenproblem
Verlag G. Braun, Karlsruhe
Verlag G. Braun, Karlsruhe

9.585. Karlsruhe
das Vermögen des Kaufmanns Rudolf Krieg, Alleinhaber der Firma Rudolf Krieg, Kuben gross, in Karlsruhe, Schützenstr. 2 wird zur Abwendung des Konkurses, nachmittags 6 Uhr, die Geschäftsaufsicht eröffnet.
Zur Aufsichtsperson wird Buchhalter und Kaufmann Sachverständiger Paul Gläßer in Karlsruhe, Marktstraße 13 bestellt. Ferner wird ein Gläubigerausschuss, bestehend wie folgt, gebildet:
1. Herr F. Schwegel, Vertreter der Firma S. Bloch in Berlin, wohnhaft in Frankfurt a. M., Kornbergstr. 7.
2. Herr Lehner, Mitinhaber der Firma Lehner & Voelinger in Frankfurt a. M., Kaiserstr. 35.
3. Herr Eberspächer, Inhaber der Firma E. Eberspächer in Stuttgart, Rote Wälfstr.
4. Ein Vertreter der Rheinischen Kreditbank, Filiale Offenburg, der noch zu benennen ist.
Karlsruhe, 15. Dez. 1924.
Der Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts A III.

9.594. Philippsburg
Die Geschäftsaufsicht über die Firma G. Rothberger, Dampfzweigle in Rheinheim, Inhaber Paul Eisele, Siegelbesitzer in Rheinheim, wird wegen Ablaufs der 3 Monatsfrist aufgehoben. Aber das Vermögen der genannten Firma ist heute vormittags 8 Uhr im Anschluß, an die Geschäftsaufsicht das Konkursverfahren eröffnet worden, da der Gesamtschuldner zahlungsunfähig ist. Der Direktor Julius Henn in Karlsruhe, Kriegsstraße 174, wird zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 7. Januar 1925 bei dem Gerichte anzumelden.
Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Wahlhaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf
Dienstag, 13. Januar 1925, nachmittags 2 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Dienstag, 18. Januar 1925, nachmittags 2 Uhr.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an der Gemeinsschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestize der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 7. Januar 1925 Anzeige zu machen.
Philippsburg, 17. Dez. 1924.
Gerichtsschreiber des
Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

In der außerordentlichen Generalversammlung vom 10. Dezember 1924 ist die Goldmarkenöffnungsbilanz per 1. Januar 1924 genehmigt worden. Die Veröffentlichung folgt weiter unten.
Demnach erfolgt die Umstellung dadurch, daß 5 alte Stammaktien von nominal zusammen P.-M. 5000.— gegen 4 neue zu je P.-M. 20.— umgetauscht werden. Die Vorzugsaktien von je nominal P.-M. 1000.— werden auf P.-M. 10.— umgestellt. Das Stimmrecht der Vorzugsaktien von bisher je 36 Stimmen wird auf je 28 Stimmen herabgesetzt.
Auf Vorschlag der Verwaltung wurde Herr Max Heinrich von Seubert, Mannheim, dem Aufsichtsrat zugewählt.
Zwecks Durchführung der Umstellung fordern wir die Aktionäre unserer Gesellschaft auf, ihre Aktien bis zum 31. Januar 1925 bei der Rheinischen Creditbank, Mannheim und deren Niederlassungen, bei der Deutschen Bank, Frankfurt a. M., oder bei der Gesellschaftskasse in Weinheim zwecks Umtausch für die neuen Aktien einzuliefern. Soweit Aktien, welche die zum Erlass durch neue Aktien erforderliche Zahl nicht erreichen, innerhalb dieser Frist nicht zur Gegenahme von Anteilscheinen eingereicht werden, wird mit diesen Aktien nach den gesetzlichen Vorschriften verfahren.
Weinheim, den 12. Dezember 1924.

Maschinenfabrik Badenia vorm. Wm. Plag Gbne A.G.

Goldmarkenöffnungsbilanz per 1. Januar 1924.

Activa.	G.-M.	Passiva.	G.-M.
Grundstücke	400000.—	Aktienkapital:	
Gebäude	850000.—	a. Stammaktien	2400000.—
Fabrikeneinrichtungen	700000.—	b. Vorzugsaktien	20000.—
Kassenbestand	1870.44	Reservefonds	245000.—
Guthaben bei der Reichsbank	500.50	Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds	55000.—
Guthaben beim Schenkamt	1007.98	Dispositions-Fonds	50000.—
Schuldner	438015.43	Nach nicht eingelöste Teil-schuldnerschreibung 15%	87142.50
Vorräte an Montierern	2217.30	Aufwertung	
Vorräte an Rohstoffen, fertigen und halbfertigen Fabrikaten und Futtermitteln	922186.96	Gläubiger einschl. laufende Aktepte	446986.11
		Guthaben unserer Angestellten und Arbeiter aus Spareinlagen, 15% Aufwertung	11673.—
			3315801.61

Maschinenfabrik Badenia vorm. Wm. Plag Gbne A.G.
Der Vorstand:
W. Plag, A. von Arndt, G. Jacobsen.

Bereinsregister.
Offenburg. 9.611
Bereinsregister Band I
D. 3. 63: Bezirksverein
Offenburg mit dem Sitz in
Offenburg.
Offenburg, 13. Dez. 1924.
Badisches Amtsgericht.